

Postische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: (im Ausg.) Mandelstam; Carl Meißel, Berlin, Ullstein.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 1A 7 3000-3008 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3000-3008. Telegramm-Adresse: Ullsteinber, Berlin. Postfach-Zentrale, Berlin 600.

Der blamierte Diktator

Bezieht sich die „Postische Zeitung“

* Subjekt, Mitte November

Jonel Bratianu, der Diktator Rumäniens, wollte, wie er offiziell verkündete, mit der Beratlichen Mannes, ein Exemplar statuieren, damit es nie wieder jemandem einfallen, an der „bestehenden Ordnung“ in Rumänien zu rütteln. Der Prolog brachte schon am ersten Tag einen Stollenwechsel. Bratianu, der ungeschickte Anführer, wurde zum Anführer, und die Beratlichen hielten, statt Monoteles zu vertrieben, flammende Anführer gegen sein Regime. Er sahen, daß der Reichstag ein Exemplar statuieren — Bratianu, dem Unterdrücker Rumäniens, dem Feind jeder Freiheit. Die Anführer des Militärs wurde Punkt für Punkt — wie der Spiel im Gericht — gegen Bratianu umgedreht. Wenn Carol aus seiner freiwilligen politischen Freiheit herausgetreten ist, so sei dafür nur Bratianu verantwortlich zu machen, denn der Feind habe allen Grund, um sein Verhalten bestrafen zu sein, das Bratianu dem Untertan entgegensetzte; und wenn Monoteles sich bei seiner Responsen einer Unentschiedenheit bediente, sei wieder Bratianu der Schuldtragende, der alle Verleumdungen nicht ergebender Leute aufnahm. In Rumänien hätte heute irgendwelche Briefschreiber Bratianu in seinem Gericht, nicht aber Monoteles gehandelt, wenn er Carol nach Hause bringen wollte, denn nur Carol sei der Mann, der Rumänien von seinem Verderber, Jonel Bratianu, befreien könnte. Monoteles hätte übrigens den gefährlichen Weg zwischen Bratianu und Carol durch seinen verführerischen Befehl des Parlaments und des Regimentsführers die heimliche Ermordung mollen, und Bratianu hätte nicht das Recht, ihn in den Arm zu fallen!

Der Reichstag statuieren hat von der Entscheidung der Beratlichen Monoteles wurde, die er den Gerichtsverfahren, von einer begrenzten Menschenmenge auf die Schulden genommen und im Strumpf nach Hause getragen. Um zwei Uhr nachts wurde das Urteil gefällt, doch die Nacht wurde erst am Tag, als Bulgar der Freiheit erfuhr. Die Nacht unterließ sich von Bulgar auf Carol, Monoteles die Arme und ... die rumänische Freiheit. Bratianu hatte Monoteles nur ein Militärschiff gestellt, dessen Anführer bei der Urteilsfällung durch ihre Befehle gebunden sind. Um 10 Uhr wurde nur der Schluß, den der Diktator durch den Feindspruch bekam, und um 10 Uhr größer der Einbruch des Urteils auf das Volk. Die Arme ist für Carol, für die Freiheit! So kommentiert der Mann auf der Straße das Urteil des Reiches bei U. Hermann.

In jedem verfallungsmäßig registrierten Land hätte ein ähnlicher Fall die Regierung augenblicklich weggeführt. Doch Bratianu ergab sich nicht. Er rümpelt an, die Regierung werde auch weiter mit allen Mitteln, die „bestehende Ordnung“ wahren. Unter dem Einbruch der Freiheit im Gericht hätte sich Bratianu am Tag, als die Urteilsfällung von der ihm ergebenden Parlamentsmehrheit — nach dem Grund der Opposition — ein „Staatsstreich“ bewilligen lassen, das ihm für die Zukunft die restlose Anhebung der öffentlichen Meinung ermöglicht. Verschiedene Parlamentarier haben die Presse, Belagerungszustand auf dem ganzen Gebiet des politischen Lebens, für Staatsbeamte und Richter sofort

tige Entlassung, wenn sie auch nur in den Verdacht eines „politischen Verbrechens“ kommen, und für die durch die Agrarreform zu Grund und Boden gekommenen Bauern sofortiger Verzicht ihrer Felder, „wenn sie nie nicht im Geiste des Geleges über die Agrarreform bewilligten“ — das heißt, wann es den Wahlhelfer beliebt. Wer wird in Rumänien noch den Mund aufzutun wagen? Aber die Gewaltenteilung hilft ihm nicht in der Gefahr, die seiner Macht so oben droht. Der Reichstag, der sein willenloses Werkzeug sein sollte, macht sich mehr und mehr von seinem Willen unabhängig. Von entscheidender Bedeutung war es, daß Bratianu die Ernennung seines Parteigängers Barborescu zum Generalissimo nicht durchzusetzen konnte. Seine Abreise, die die Synthese im Reichstag für repräsentiert, wurde vom Oberleutnant zum General befördert und verließ seitdem im Namen des Reichstages praktisch das Amt des obersten Militärschiffmanne.

Was sonst Bratianu mollen es jetzt mit der Republik verjagen. Aber wenn schon die Monarchisten ihn ablehnen, werden die Republikaner erst jetzt nicht von ihm wissen mollen.

Boincarés Wahlprogramm

Für die gegenwärtige Koalition

Redaktion des „Postischen Zeitung“

18. Paris, 18. November

Marcel Boincaré, der parlamentarische Redakteur des „Paris Mitteil“, veröffentlicht heute in seinem Blatt das Resume einer Unterredung mit Boincaré, die als eine Art Replik auf die Angriffe aus der radikal-sozialistischen Partei angesehen werden darf. Danach geht Boincaré mit dem Gedanken aus, schon in aller nächster Zeit mit einem großen politischen Aktionsprogramm vor das Volk zu treten, das einen politischen Wechsel für die nächste Legislaturperiode anstreben und in gleichzeitiger Weise für den Wahlkampf im Sinne einer Parteiveränderung der gegenwärtigen Koalition der nationalen Einigkeit dienen soll.

Boincaré selbst hat allerdings seinen Geist darauf gemacht, daß die Auffassung eines solchen Programms im Schilde das Rechtsteil selbst auf die größten Hindernisse stößt, und daß die Unmöglichkeit einer Verhandlung unter Umständen zu einer Reife führen könne.

In diesem Aktionsprogramm soll u. a. gefordert werden, daß die Vollendung und definitive Konsolidierung der von Boincaré begonnenen Sanierung von Finanz und Währung, noch etwa drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen werde. Besonders ausführlich geht darin u. a. auch die Frage der endgültigen Stabilisierung der Währung behandelt werden. Boincaré hat in diesem Punkte an der Auffassung fest, daß eine legale Stabilisierung erst nach der Erneuerung der Kammer möglich ist und daß sie unter keinen Umständen zu einem niedrigeren Kurse als dem gegenwärtigen vorgehen werden dürfte. Bis dahin werde die Regierung ihre hierüber Politik zur Stabilisierung de facto unverändert fortsetzen.

Was seine Verhältnis im Verhältnis auf ernährten Widerstand sollen lassen, schließt Boincaré vorläufig aus, so werde er nicht einen Augenblick zögern, die Konsequenzen zu ziehen und die Opposition die volle Verantwortung für den Zustand einer Krise zu übernehmen. Er selbst werde in diesem Falle jedoch nicht in dem Maße, wie es im Jahre 1924 geschehen habe, sich mit einem stummen Nicht-tun begnügen, sondern im ganzen Lande persönlich eine energiegeladene Kampagne gegen seine Gegner führen.

Gelbstmord des Sowjet-Diplomaten Zoffe

Wegen Herbenzerrüttung

Eine offizielle Drohung aus Moskau melder den Gelbstmord Wlad Zoffe, der im Beginn seiner amtlichen Tätigkeit der erste diplomatische Vertreter Sowjet-Rußlands in Berlin gewesen ist. In den letzten Jahren aber nicht mehr auf ausländischen Posten, sondern in Moskau selbst als stellvertretender Vorkämpfer des Parteiapparats für die Verwirklichung von Sowjetplan verordnet worden ist. Als Motiv des Selbstmordes wird Herbenzerrüttung angegeben, verursacht durch eine Strengeentbindung, die Zoffe vor einigen Jahren durchgemacht hat.

Wlad Zoffe ist nur 44 Jahre alt geworden. Seine längere Gefangenschaft entsprach der langwierigen Vorbereitung eines behäutigen Späher. Ein gebrungenes nur fülle angedeutet Geschäft auf dem Höhepunkt ein runder, festiger Kopf, umgeben von einem dichten Vollbart. Aber hinter den Willenshaken, die er immer trägt, ein nur scharfe Augen, aus denen seine Energie glänzt. Zoffe war kein Stern erster Ordnung am sowjetischen Firmament und überdies einer, der in letzten Jahren fast verstoßen ist. Aber in den Anfängen des Sowjet-Regimes ist er neben Zogol, Schichtlerin und Kröhl noch ein der wichtigsten Mitarbeiter geblieben worden. Er war einer der Delegierten der Sowjet-Regierung, die in Bestätigung mit dem Vertreter des deutschen Reichs und Oberster-Lithuans aber Wladimir-Lithuans (Frieden verhandeln und er gehörte damals zu jenen, die rieten, die Verhandlungen abzugeben und bei weiterer Vorkampf der deutschen Truppen, der dann auch erfolgte, den Friedensvertrag beziehungsweise zu unterzeichnen.)

Nach dem Friedensabstimmung ist Zoffe — wie nicht, weil es die deutsche Sprache vollkommen beherrschte, — als erster Sowjet-Gesandter nach Berlin geschickt worden. Doch er seine Berliner Tätigkeit weniger als eine diplomatische denn als eine propagandistische aufbaute, entzogen daher völlig der Aufmerksamkeit, die er von Sowjetern erhalten hatte. Das „diplomatische Geschäft“, das der Berliner Gesandte Sowjet-Rußlands in unwichtigen Affären monatelang nach Berlin geschickt wurde, bestand aus kommunikativen Prosaarbeiten, die von der russischen Botschaft aus ihren Büro in der Berliner Arbeiterarbeitslosen fanden. Man erinnert sich, daß ein „Ausfall“ eine dieser Affären beim Ausbruch ausnahmlos geschah hat, das heißt während der Konferenz zwischen den Sowjetern und dem Mann des Reiches von Kapella trägt. Schichtlerin und Kröhl haben damals das russische Drängen abgewehrt mit der einschließlichen Begründung, daß man doch zunächst erst Berlin und Ergebnis der Gesandten Konferenz

Braunschweig im Wahlkampf

Redaktion des „Postischen Zeitung“

18. Braunschweig, 17. November

Ein Parteien haben in Braunschweig im Wahlkampf. Dabei geht es, daß der Reichstagspartei selbst ebenfalls nicht recht ist, die Schuld für die Miswirkung in Braunschweig vor sich zu haben, obgleich sie drei Jahre lang allein die Regierung in Händen gehabt haben. Die Reichspartei des Landes verlor als Stabant der Regierung die schwebelichten Jonglierleistungen, um die bestehenden Zustände abzulösen.

Die Reichspartei hat sich nicht nur den Verantwortung dafür, daß die Regierung des Reiches Braunschweig in einem Staat in eine andere gemoren wurde, denn in ihrer Hand lag es Ende 1924, die „große Koalition“ zu schaffen. Aus Angst vor den beschleunigten Opposition lehnte sie diese ab und beteiligte sich an der Vergewaltigungspolitik der Reichspartei, die mit einer Einheitsmeinung in Braunschweig jede andere Meinung zurückzuführen unterdrückt. Die Angst vor den Verantwortung dafür, daß heute noch die gleiche, denn schon jetzt erklärt sie öffentlich, daß sie es wie alles auch können wird — obgleich, mit dem Sozialdemokraten zusammen in die Regierung zu geben. Diese Erklärung gründet sich auch auf eine Anspielung des „Schlachter“, der nur solche Parteien unterstützen will, die erklären, mit dem Feind in jeder Lage eintritten zu wollen. Meistens wird der „Schlachter“ in diesem Braunschweig nicht ganz von Verleumdung, sondern in die Verantwortung, seine heilige Schwärze vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Dagegen wirt das Reichsbanner für die republikanischen Parteien im ganzen Lande mit harter Wirkung. Die Demokraten haben sich mit dem Bauernbund zu einer gemeinsamen Hilfe zusammengeschlossen, die von dem Reichstagsabgeordneten Winter herausgegeben ist. In den demokratischen Wahlveranstaltungen, die fast ausnahmslos gut besucht sind, zeigt sich besonders die Lautstärke der Bauern mit dem Weibchen der jetzigen Reichstagspartei, die darauf hinausgingen, die Ordnung grundbezüglicher auf Rollen der Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ganz wesentlich zu unterstützen.

Heute abend Marz-Rede

Reichsminister Dr. Marx ist heute aus München wieder in Berlin eingetroffen. Er wird heute abend auf einer Veranstaltung des Reiches Berliner Presse eine große politische Rede halten, in der er insbesondere auf seine Einbrüche auf der Reise nach Wien und München eingehen dürfte.

Heute vormittag hat das Kabinett die Beratung des Etats für 1928 fortgesetzt, die noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, die die endgültige Entscheidung über den Ausweg zwischen den Anforderungen der einzelnen Ministerien und die Geltungnahme des Reichsfinanzministeriums erst von Kabinett selbst durchgeführt wird.

Der Reichsfinanzminister hat heute dem Reichspräsidenten über die wichtigsten laufenden Angelegenheiten Vortrag gehalten.